

Dankt die Republik ab ?

Rechtsbruch im Namen Europas.

Dennoch: Die Bundesregierung kapituliert und Sarkozy erfindet die EWU neu

Von Markus C. Kerber¹

Die in jener geheimnisvollen Brüsseler Nacht des 9. Mai -in Abwesenheit des Finanzministers - in Brüssel „ausgehandelte“ Inhaftungnahme der Deutschen für die öffentlichen Finanzen der anderen Eurostaaten ist der Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits als eine potentielle Gefahrenlage im Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts beschrieben wurde. Indes ging das Bundesverfassungsgericht von der Befürchtung aus, dass die Europäische Gemeinschaft sich ggf. in Form eines sogenannten ausbrechenden Rechtsaktes Befugnisse zuschanzen würde, die nicht mehr mit den Ermächtigungsgrundlagen des Vertrages vereinbar wären. Die Besonderheit des in Brüssel vereinbarten neuen Prinzips „alle haften für alle“ statt „jeder haftet für seine eigenen Schulden“ liegt nun darin, dass die Bundesregierung an diesem Putsch gegen die Stabilitätsgemeinschaft beteiligt war. Das ändert nichts daran, dass es sich um einen eklatanten Bruch des EU-Rechts (Art. 125 AEUV) und eine historische Abwendung von der Stabilitätsgemeinschaft zur Transferunion handelt.

Dieser offene Bruch der Legalität unter Beteiligung der Bundesregierung verbunden mit dem ebenso rechtswidrigen Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank unter Billigung der Bundesregierung nimmt letzterer die Legitimität gegenüber den Bürgern und die Glaubwürdigkeit innerhalb der Eurozone.

Die englische Presse spricht von dem Triumph französischen Verhandlungsgeschicks und weist darauf hin, dass Staatspräsident Sarkozy, bevor es zur Sitzung der Regierungs- und Staatschefs kam, stundenlang mit den zuständigen Stellen der Europäischen Kommission konferiert habe. Sein Konzept war klar: Im Namen Europas einen Putsch gegen die wesentlichen normativen Eckpfeiler der Währungsunion durchzuführen.

¹ Prof. Dr. Markus C. Kerber ist Verfahrensbevollmächtigter der Verfassungsbeschwerde gegen das genannte Griechenlandgesetz. Er lehrt öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin und am I.E.P. in Paris.

Dieses Ziel – also Rechtsbruch - hat er mit deutscher Zustimmung erreicht. So ist es den Franzosen gelungen, eine fachlich überforderte Bundeskanzlerin, die die Verständigung mit Paris zum Dogma erklärt hat, zu isolieren und Deutschland ohne Kampf zur Kapitulation zu bringen. Sarkozy rühmt sich in Paris nicht nur, dass das Verhandlungsergebnis zu 95 % auf französischen Ideen basiere, sondern kann zu Recht sagen, dass er die normativen Regeln der Währungsunion in einer Nacht neu geschrieben hat.

So hat sich die deutsche Zustimmung zur Ernennung von Monsieur Strauss-Kahn als Geschäftsführer und Direktor des Internationalen Währungsfonds und von Monsieur Trichet als Präsident der Europäischen Zentralbank als fatal erwiesen. Die beiden, zusammen mit Sarkozy, sind das eigentliche monetäre Dreigestirn, das zu Lasten der deutschen Steuerzahler die Führung der Währungsunion übernommen hat.

Ausnahmesituationen haben ihre eigenen Gesetzlichkeiten. Sie werden daher gern von einer bestimmten Kategorie von Politikern herbeigeredet².

Die Herren Sarkozy, Trichet und Strauss-Kahn haben sich diese Ausnahmesituation jetzt meisterlich zunutze gemacht. Frankreich hatte ehemals nichts dagegen, dass Deutschland in Verhandlungen um die Währungsunion auf Regeln beharrte, die für die Europäische Zentralbank eine bundesbankähnliche Stellung und für die Geld- und Währungspolitik Stabilitätsmaßstäbe zugrundelegten. Denn die Franzosen wussten, es wird Ausnahmezustände geben und es würde darauf ankommen, wer in solchen Situationen die Ausnahmetatbestände definiert. Dieses Kalkül ist aufgegangen.

Nur Einfältige werden Merkels Sprüche glauben „Ich will das Geld der Menschen schützen“. Die anderen wissen: Mit Frau Merkel hat Deutschland in Brüssel abgedankt.

Unterstützen Sie unsere Verfassungsklagen gegen die Griechenland-Hilfe sowie gegen das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“!

² Dazu die nahezu klassische Analyse der Machtergreifung und Ausübung von De Gaulle in : François Mitterrand, le Coup d'Etat permanent, Paris, 1962



Kontakt: Europol
Hackescher Markt 4
10178 Berlin

Telefon/ Sekretariat: +49 30 843 14 136
E-Mail: lsimon@europolis-online.org